

qui pourront être réglées ultérieurement. Aujourd'hui, par sa motion, la Commission des finances vous propose un principe immédiat de neutralité fiscale fondé sur l'indépendance de l'état civil. Il s'agit d'un système simple, basé sur un seul barème, ce qui est essentiel pour les femmes et pour notre économie.

Je vous demande de soutenir la motion.

**Birrer-Heimo** Prisca (S, LU): Ich habe mit Interesse vernommen, was die letzte Vernehmlassung ergeben hat, die zum Gegenvorschlag zur CVP-Volksinitiative «für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» durchgeführt wurde. Können Sie bestätigen, dass bei dieser Vernehmlassung – es ist wie gesagt die jüngste – inzwischen fast die Hälfte der Kantone offen ist für neue Systeme, auch für die Individualbesteuerung?

**Amarelle** Cesla (S, VD), pour la commission: Tout à fait. Vous mettez, Madame Birrer-Heimo, l'accent sur cette question alors qu'effectivement, les résultats de la consultation rendus en octobre 2014 mettent très clairement en évidence le fait que les cantons sont partagés sur cette question et que douze d'entre eux confirment qu'il faut absolument passer au système d'imposition individuelle. C'est donc totalement faux et très clairement méconnaître notre système fédéral que de dire aujourd'hui que les cantons sont dans leur majorité contre le système d'imposition individuelle.

**Bigler** Hans-Ulrich (RL, ZH), für die Kommission: Ich entnehme der Diskussion, dass wir uns in einem Punkt einig sind, nämlich die Heiratsstrafe abzuschaffen. Und bei der jetzt vorliegenden Motion geht es um die Frage, ob wir einen zukunftsträchtigen Weg einschlagen wollen oder ob wir rückwärtsorientiert entscheiden. Gestatten Sie mir, aus Sicht der Kommissionsmehrheit auf zwei, drei Punkte der Diskussion einzutreten.

Zunächst zur Kritik des administrativen Aufwandes, die hier stark in den Vordergrund gestellt wurde: Es gilt, zunächst einmal darauf hinzuweisen, dass der Bericht des Bundesrates eindeutig festhält, dass durchaus die Möglichkeit besteht, Einkünfte und Vermögenswerte der Ehegatten in einer gemeinsamen Steuererklärung anzugeben, auch beim Modell der Individualbesteuerung. Vorausgesetzt wird, dass man die Möglichkeit dafür schafft, dass eben die Steuerfaktoren der Ehegatten innerhalb der Steuererklärung getrennt sind. Das Argument, es gebe mehr Steuererklärungen, ist damit nicht stichhaltig.

Zur Frage aus der CVP-Fraktion nach dem Vorgehen in Bezug beispielsweise auf die Steuerabzüge für minderjährige Kinder oder in Bezug auf die Verteilung kinderrelevanter Abzüge auf die Ehegatten, dann auch in Bezug auf die Zuteilung der Faktoren bei den Bauern und übrigens auch bei den selbstständig Erwerbstätigten in den KMU: All diese Fragen, sagt der Bericht, brauchen Grundsatzentscheide. Diese zu fällen ist grundsätzlich machbar. Der Bundesrat hat in der Kommission deutlich unterstrichen, dass diese Grundsatzentscheide gefällt werden müssen. Das ist aber machbar. Diese Fragen sind kein Argument, um zu sagen, die administrative Belastung würde zunehmen.

Dann wurde weiter das Modell Deutschland angeführt. Da gilt es zu erwähnen – das ist interessant zu wissen –, dass in Deutschland das Grundmodell die Individualbesteuerung ist. Es gibt eine Wahlmöglichkeit. Und wenn nicht gewählt wird, dann wird unterstellt, dass die Steuerpflichtigen die Individualbesteuerung wählen, weil in Deutschland die Meinung vorherrscht, dass im Normalfall die Individualbesteuerung die vorteilhaftere Variante darstelle.

Von Herrn Aeschi wurde das Argument angeführt, es käme zu einer Abschaffung der Institution Ehe. Einer Heirat steht jedoch auch inskünftig nichts im Wege. Die Individualbesteuerung knüpft eben nicht an die geltenden zivilrechtlichen Bestimmungen an; das Familienrecht geht bei Ehe und Familie nach wie vor von einer Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft der Ehepartner und allfälliger Kinder aus.

Die Kommissionsmehrheit ist der Auffassung, dass aus wirtschaftspolitischen Überlegungen das Argument der Stärkung der Fachkräfte-Initiative zentral ist. Es ist wichtig, hier erste Lösungen vorzuspielen, unter Berücksichtigung der fiskalpolitischen Aspekte, aufgrund des Willens, das Arbeitsmarktpotenzial der Frauen zu mobilisieren, und mit Blick auf die Probleme, die namentlich auch mit der Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative auf uns zukommen. Da ist es schon erstaunlich, dass der Bundesrat einerseits sagt, eine bessere Nutzung des Arbeitsmarktpotenzials der Frauen sei möglich, andererseits bei der Fachkräfte-Initiative aber ausgerechnet entsprechende Massnahmen ins Zentrum der Bemühungen stellt und sagt – zu Recht –, es gelte nun, dieses Potenzial zu nutzen.

Es gibt also ein wichtiges wirtschaftspolitisches Argument dafür, diese Motion anzunehmen. Auch fiskalpolitische Überlegungen haben die Kommissionsmehrheit zur Überzeugung geführt, es sei wichtig, hier mit der Individualbesteuerung einen zukunftsträchtigen Weg zu öffnen.

Ich bitte Sie im Namen der Kommissionsmehrheit, diese Motion anzunehmen.

#### 16.019

*Vom Bericht wird Kenntnis genommen  
Il est pris acte du rapport*

#### 16.3006

**Präsidentin** (Markwalder Christa, Präsidentin): Die Minderheit Gmür und der Bundesrat beantragen die Ablehnung der Motion.

##### *Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 16.3006/13 110)

Für Annahme der Motion ... 92 Stimmen

Dagegen ... 88 Stimmen

(6 Enthaltungen)

#### 16.3005

### **Postulat SiK-NR. Rolle und zukünftiger Bestand des Grenzwachtkorps**

### **Postulat CPS-CN. Rôle et effectif futur du Corps des gardes-frontière**

Nationalrat/Conseil national 10.03.16

**Graf-Litscher** Edith (S, TG), für die Kommission: In der Sicherheitspolitischen Kommission haben wir uns schon öfters mit dem Bestand und der Rolle des Grenzwachtkorps beschäftigt. Bisher ist es leider meistens bei einer «Pflasterlipolitik» geblieben. Einerseits liegen von verschiedenen Kantonen Standesinitiativen vor. Über eine werden wir allenfalls, wenn wir zeitlich noch dazu kommen, heute befinden. Andererseits äußern sich auch die Kantone dahingehend, dass sie vom Bund eine Strategie erwarten und einbezogen werden möchten, falls sich die Flüchtlingsströme verändern. Ob die Standesinitiative das richtige Instrument ist, um den Bestand des Grenzwachtkorps anzupassen, darüber scheiden sich die Geister in der Kommission. Die Kommission ist sich aber darin einig, dass wir zukünftig vom Bundesrat eine Gesamtschau zur Frage erwarten, welche Rolle bei welchem Bestand das Grenzwachtkorps zu erfüllen hat – das anstelle einer «Pflasterlipolitik».

Wir haben deshalb sechs Schwerpunkte definiert und fordern den Bundesrat auf, dazu Bericht zu erstatten. Erstens



geht es darum, was für Auswirkungen es auf die Schweiz hat, wenn einzelne EU-Staaten wieder Grenzkontrollen einführen. Der zweite zentrale Punkt ist derjenige, dass sich die Flüchtlingsrouten wieder verändern können. Der dritte Punkt betrifft die Entwicklung der Bundesfinanzen: Das Stabilisierungsprogramm 2017–2019, über das wir noch zu befinden haben, steht vor der Tür. Ein weiterer Punkt betrifft die Anforderungen an den Zoll durch die zusammenwachsenden Wirtschaftsräume in den Grenzregionen. Ein weiterer zentraler Punkt unserer Forderungen an den Bundesrat ist die Aufforderung, auf die Rekrutierungsschwierigkeiten Rücksicht zu nehmen. Es nützt nichts, wenn wir das Grenzwachtkorps ausbauen wollen, aber allenfalls die Löhne und Arbeitsbedingungen nicht stimmen und die Leute nicht bereit sind, im Grenzwachtkorps zu arbeiten. Der letzte zentrale Punkt betrifft die Frage: Wie sieht der Bundesrat die Möglichkeit eines Einbeugs der Armee zur Unterstützung des Grenzwachtkorps in einem Assistenzdienst? Die Kommission ist einstimmig der Ansicht, dass es jetzt wichtig ist, weg von der «Pflästerlipolitik» hin zu einer Gesamtschau zu kommen. Sie fordert deshalb den Bundesrat auf, in einem Bericht Stellung zur Frage zu nehmen, wie er sich die Rolle und den Bestand des Grenzwachtkorps zukünftig vorstellt.

**Clottu** Raymond (V, NE), pour la commission: En date du 25 janvier dernier, la commission s'est prononcée en faveur du dépôt du postulat de commission 16.3005, «Rôle et effectif futur du Corps des gardes-frontière», qui découle de propositions déposées par Madame Graf-Litscher et Monsieur Amstutz.

La commission a adopté, à l'unanimité, ce postulat chargeant le Conseil fédéral de lui fournir, d'ici à la fin du mois de mai 2016, un rapport dans lequel il examinera le mandat du Corps des gardes-frontière et la question des effectifs nécessaires à son exécution, à la lumière des nouveaux défis qui se posent aux frontières et à l'évolution rapide des conditions-cadres. Le rapport, qui servira de base pour les futurs travaux de la commission, devra accorder une attention particulière à divers aspects, notamment à la réintroduction temporaire des contrôles aux frontières par certains Etats de l'Union européenne et à la possibilité de recourir aux prestations de soutien – service d'appui – de l'armée au profit du Corps des gardes-frontière.

La sécurité, qui fait partie des préoccupations essentielles de la population, est une tâche commune de la Confédération, des cantons – comme c'est le cas de Bâle-Ville et de Bâle-Campagne notamment – et des communes. L'augmentation alarmante du tourisme de la criminalité et de l'immigration illégale nuit à la situation sécuritaire de notre pays – qui, certes, est encore tout juste satisfaisante à l'heure actuelle – et a un impact sur le sentiment de sécurité ressenti par notre population.

Par contre, les régions comptant beaucoup de frontières vertes, soit principalement le Nord-Ouest de la Suisse, la Suisse romande et le Tessin, doivent faire face à des problèmes particulièrement aigus.

On constate en outre que les zones urbaines et les régions situées le long des frontières vertes et le long des axes de transit affichent un nombre de délits nettement plus élevé qu'ailleurs.

Le Corps des gardes-frontière joue donc un rôle important aux côtés des organes cantonaux chargés de la sécurité, un rôle déterminant dans la lutte contre le tourisme de la criminalité et contre l'immigration illégale et incontrôlée, et contribue ainsi à assurer la sécurité dans notre pays qui, je tiens à le rappeler, est vitale pour notre population, pour notre tourisme et pour nos entreprises.

Au nom de la commission, je vous invite à soutenir ce postulat.

**Maurer** Ueli, Bundesrat: Der Bundesrat ist bereit, dieses Postulat entgegenzunehmen. In Anbetracht der knappen Zeitverhältnisse mache ich Sie darauf aufmerksam, dass es eine Übersicht gibt und nicht einen detaillierten Bericht mit

sehr vielen Seiten. Sie werden also eine Übersicht erhalten, die Ihnen eine Lagebeurteilung ermöglicht.

**Präsidentin** (Markwalder Christa, Präsidentin): Die Kommission und der Bundesrat beantragen, das Postulat anzunehmen.

*Angenommen – Adopté*

## 15.311

### **Standesinitiative Basel-Stadt. Aufstockung des Grenzwachtkorps Initiative cantonale Bâle-Ville. Renforcer les effectifs du Corps des gardes-frontière**

*Vorprüfung – Examen préalable*

Ständerat/Conseil des Etats 16.12.15 (Vorprüfung – Examen préalable)  
Nationalrat/Conseil national 10.03.16 (Vorprüfung – Examen préalable)

*Antrag der Kommission*

Der Initiative keine Folge geben

*Proposition de la commission*

Ne pas donner suite à l'initiative

**Präsidentin** (Markwalder Christa, Präsidentin): Sie haben einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten.

**Gschwind** Jean-Paul (C, JU), pour la commission: Réunie le 18 février dernier, la Commission des finances a traité avec toute l'attention requise l'initiative du canton de Bâle-Ville 15.311, «Renforcer les effectifs du Corps des gardes-frontière».

Le canton de Bâle-Ville demande aux autorités fédérales de faire en sorte que le Corps des gardes-frontière dispose partout d'effectifs suffisants pour être en mesure d'accomplir au mieux ses missions, compte tenu de la situation réelle et des besoins de la population en matière de sécurité.

Nonobstant l'augmentation de 24 postes de gardes-frontière en 2013, le canton de Bâle-Ville constate que les régions comptant beaucoup de frontières vertes – notamment le Nord-Ouest de la Suisse – doivent faire face à des problèmes sévères et aigus, ce qui vaut aussi pour les zones urbaines situées le long des frontières vertes. Dans ces régions, le nombre de délits est nettement plus élevé qu'ailleurs, ce que je peux confirmer en tant qu'habitant d'une zone de frontière verte.

Abordons maintenant l'état de l'examen préalable. Tout d'abord, il faut noter que le canton de Bâle-Campagne a déposé une initiative allant dans le même sens, l'initiative 15.301, «Nouvelle augmentation des effectifs du Corps des gardes-frontière et répartition adéquate des ressources entre les régions».

Dans sa séance du 16 décembre 2015, le Conseil des Etats, contre l'avis de la Commission de la politique de sécurité et de la Commission des finances, a accepté les deux initiatives cantonales.

Par la suite, la Commission de la politique de sécurité de ce conseil, chargée de l'initiative de Bâle-Campagne, a décidé, par 13 voix contre 12, de donner suite à cette initiative. Dans un corapport à l'attention de la Commission des finances, la Commission de la politique de sécurité recommande à la Commission des finances, par le même nombre de voix, de donner suite à l'initiative du canton de Bâle-Ville et l'informe qu'elle déposera le postulat 16.3005, «Rôle et effectif futur du Corps des gardes-frontière», postulat qui vient d'être traité et accepté par le Conseil fédéral.

